

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der 36. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 09.10.2014</b></p>
--

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.55 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Jägers  
Frau Metschies  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp  
Herr Imhoff  
Frau Neumeyer in Vertretung für Herrn  
Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Werner in Vertretung für Herrn  
Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünnemann  
Frau Zimmermann  
Frau Windeler  
Herr Runge  
Frau Rüpke  
Herr Viering  
Herr Polzin  
Frau Kamp  
Frau Urban  
Frau Gerken  
Herr Musiol  
Frau Preiß  
Frau Gerber  
Herr Dr. Vogt  
Herr Bürger  
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV

**III Gäste**

Herr Becker  
Herr Henschen

Umweltschutzamt Bremerhaven  
Gewerbeaufsichtsamt

**IV Gastdeputierte**

Herr Liess  
Herr Sulimma  
Herr Saxe

SPD-Fraktion  
SPD-Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

**Herr Senator Dr. Lohse** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 36. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**Nachtrag: TOP 3a** Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze für eine konsumtive Minderausgabe sowie Lösung der eigenen Haushaltsrisiken gem. Senatsbeschluss vom 30.09.2014. Die Vorlage liegt als **Tischvorlage** vor.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

TOP 2	<b>Genehmigung des Protokolls 18/35 vom 11.09.2014</b>	
-------	--	--

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

*Einstimmig*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

**Frau Dr. Schaefer** bittet darum, über den endgültigen Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes zu den rosa verfärbten Abluftwolken des HKW Blumenthal in der Deputation schriftlich zu berichten.

**Herr Jägers** möchte wissen, wann der nächste Bericht zum Thema „Hafenhinterlandverkehr zukunftsgerichtet ausbauen“ vorgelegt werde.

**Herr Polzin** sagt, dass die Ergebnisse frühestens Ende November vorliegen.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*Einstimmig*

<b>NACH-TRAG TOP 3a</b>	<b>Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze für eine konsumtive Minderausgabe sowie Lösung der eigenen Haushaltsrisiken gem. Senatsbeschluss vom 30.09.2014</b> -1-	Vorlage 18/450	L/S
-------------------------	---	----------------	-----

**Herr Runge** erläutert, dass im Rahmen der globalen Einsparungen gem. § 7 HG SUBV einen Anteil von 2,1 Mio € zu erbringen habe. Dazu kommen erwartete eigene Haushaltsrisiken in Höhe von 1,5 Mio €, so dass sich insgesamt eine zu lösende Einsparung von 3,6 Mio € ergebe. Diese werde ermöglicht, indem zum einen auf die neuen Tore beim Geestesperrwerk verzichtet werde, da ein Neubau ohnehin geplant sei; Einsparung von rd. 280.000 €. Zum anderen

werden konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur für Maßnahmen gekürzt, die zeitlich gestreckt werden können. Weiter erwartet man im Bereich Wohngeld liquiditätswirksame Minderausgaben von 1 Mio. €, die aufgrund des bestehenden Haushaltsvermerks – nach Vorgabe von SF – dieses Jahr über die Budgetrücklage haushaltswirksam zu erbringen sind. Die Budgetrücklage werde dadurch um rd. 2,5 Mio € belastet. Zusammen mit dem eingeführten Liquiditätsmanagement sind die Haushaltsrisiken mit Zustimmung der Senatorin für Finanzen beim SUBV gelöst.

**Herr Jägers** möchte wissen, ob durch die Kürzung der konsumtiven Zuweisungen an das SV Infra Verkehr Maßnahmen entfallen würden.

**Herr Runge** antwortet, dass keine Maßnahmen gänzlich wegfallen. Dadurch, dass einige Maßnahmen verspätet abgeschlossen werden, werden die dafür eingeplanten Mittel auch erst zu einem späteren Zeitpunkt benötigt.

**Frau Dr. Schierenbeck** bittet um Erläuterung, zur Auflösung des Tarifriskos beim Umweltbetrieb Bremen.

**Herr Runge** berichtet, dass im letzten Jahr entsprechende Tarifierhöhungen mit der Senatorin für Finanzen vereinbart wurden. Nach Feststellung der tatsächlichen Höhe der Tarifsteigerungen erhalte SUBV nun von der Senatorin für Finanzen einen Tarifausgleich, der das Risiko beim UBB entsprechend reduziert.

**Herr Hipp** weist darauf hin, dass für das Sondervermögen Infrastruktur eine Liquiditätssteuerung stattfindet und Mittel, die in 2014 nicht mehr benötigt werden, gekürzt würden. Das bedeute dann aber, dass diese Mittel in 2015 benötigt werden. Insofern stelle dies nur eine Verschiebung von Ausgaben ins Folgejahr dar.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt den vorgeschlagenen Einsparungen zu der Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze für eine konsumtive Minderausgabe sowie der Lösung der eigenen Haushaltsrisiken zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 4</b>	<b>„Berichte an die Bremische Bürgerschaft über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für die Jahr 2012 und 2013“ (Beleihungsberichte 2012 und 2013) -1-</b>	Vorlage 18/413	L/S
--------------	---	-------------------	-----

Beschluss

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den die Wohnungsbauförderung betreffenden Teil der Beleihungsberichte 2012 und 2013 zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) ist damit einverstanden, dass der Bericht an den Senat und an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) weiter geleitet wird.*

*Einstimmig*

TOP 5	Berichte der Verwaltung	
TOP 5a)	Entwicklung der CO <sub>2</sub> -Emissionen im Land Bremen -21-	BdV schriftlich

**Frau Dr. Schierenbeck** stellt fest, dass bei einer Einsparung von etwa 6 % CO<sub>2</sub> im Jahr 2012 die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssten, um bis 2020 tatsächlich 40% CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusparen. Das KEP werde in Kürze fortgeschrieben werden müssen. Neben hohen Einsparungen im Haushaltsbereich beim Wärmeverbrauch sei ein Mehrverbrauch im Bereich Industrie und beim Stromverbrauch in den Haushalten festzustellen. Dies sei auch deswegen problematisch, da der Bremer Strom überwiegend aus Kohlekraftwerken komme. Es sei möglich, die Klimaziele zu erreichen, wenn die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen so gestaltet würden, dass die Kohlekraftwerke aus der Stromproduktion nach und nach aussteigen.

**Herr Gottschalk** findet den Bericht an vielen Stellen sehr aufschlussreich. Der Rückgang von 6,3 % sei enttäuschend, wenn man ihn mit den Zielen des KEP 2020 vergleiche. Der absolute Rückgang sei jedoch relativ zum Bruttoinlandsprodukt zu betrachten. Dieses sei seit 1990 gestiegen. Die relativen Einsparungen, die man durch eine bessere Energieeffizienz erreicht habe, würden mit der Fokussierung auf eine absolute Senkung gänzlich ausgeblendet. Er regt daher an, dies in künftigen Berichten mit aufzunehmen. Wesentliche Änderungen in 2013 und 2014 würden in dem aktuellen Bericht noch nicht mit abgebildet. Er fragt, ob diese Einsparungen bereits eingeschätzt werden könnten. Zwar sei in Bremen die Belastung durch Kohlekraftwerke relativ hoch. Bundesweit betrachtet gebe es aber deutlich schlechtere Kraftwerke, die zuerst vom Netz gehen müssten.

**Herr Hipp** möchte wissen, ob es Kennzahlen oder Benchmarks gebe, wie Bremen im Ländervergleich oder Bremen und Bremerhaven im Vergleich anderer Großstädte abschneiden.

**Frau Dr. Schierenbeck** berichtet, dass im Bundesdurchschnitt ca. 10 t CO<sub>2</sub> pro Person und Jahr an CO<sub>2</sub> emittiert würden. Im Industriestandort Bremen liege der Durchschnitt bei ca. 20 t, weil die Emissionen der Industrie auf die Einwohner hochgerechnet werden. Nordrhein-Westfalen habe beispielsweise ähnliche Werte.

**Herr Senator Dr. Lohse** teilt die Einschätzungen. Es werde eine Fortschreibung des KEP geben und noch in diesem Jahr sei ein Folgeworkshop geplant. Er erläutert die Problematiken beim Erstellen des Berichtes. Zum einen würden immer wieder methodische Fehler erkannt. Die Strommarktiliberalisierung erschwere es, auf den Verbrauch im Land Bremen zu schließen. Auch die Anschlussfähigkeit der Monitoringdaten an die anderer Bundesländer sei zu erörtern. Insgesamt solle nun mit dem bewährten Expertenkreis unter dem Aspekt der bisher gemachten Erfahrungen geprüft werden, ob das Monitoring noch zeitgemäß sei oder an der ein oder anderen Stelle etwas verändert werden müsse. Eine Prognose für 2013 und 2014 könne noch nicht gegeben werden.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.*

TOP 5b)	Jahresbericht 2013 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen -2-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

**Herr Jägers** spricht den Bereich der Gefährdungsbeurteilungen an. Seit 1995 müssten Betriebe Gefährdungsbeurteilungen erstellen, tatsächlich würden diese in vielen Betrieben nicht vorliegen. Er fragt, ob es sinnvoll sein könnte, das Vorliegen von Gefährdungsbeurteilungen im Landesvergabegesetz als Bedingung festzuschreiben. Er kritisiert das Vorgehen von Baufirmen auf der Baustelle einer Bank in der Innenstadt. Dort seien künstliche Mineralfasern ausgebaut und dieses Material unter starker Staubbildung

in offenen Säcken von der sechsten Etage heruntergeworfen und unten plattgedrückt worden. Die dort ausgebauten, künstlichen Mineralfasern seien krebserregend. Weiter möchte er wissen, wie sich die personelle Situation im Gewerbeaufsichtsamt entwickelt habe.

**Herr Gottschalk** fragt nach der Intensität der Überwachung, ob beispielsweise Proben in den überprüften Betrieben gezogen würden. Im Bericht stehe unter dem Punkt Messung/ Probeentnahme meistens eine Null.

**Frau Dr. Schaefer** stellt eine Diskrepanz fest zwischen den vielen Aufgaben des Gewerbeaufsichtsamtes in den unterschiedlichen Bereichen und der Personalausstattung.

**Frau Dr. Schierenbeck** möchte wissen, wer für die Energieausweise zuständig sei und regt an, auch die Makler zu überprüfen, ob jeweils Energieausweise vorliegen.

**Frau Kamp** antwortet, dass nach der Energieeinsparverordnung SUBV für die Energieausweise zuständig sei. Eine aktive Kontrolle gebe es jedoch nicht.

**Herr Henschen** erklärt, dass die personelle Situation im Gewerbeaufsichtsamt genauso sei, wie überall im öffentlichen Dienst, auch hier müsse Personal abgebaut werden. Und auch das Gewerbeaufsichtsamt habe wie andere auch das Problem, dass es zusätzliche Aufgaben bekomme. Aktuell gerade im Bereich Immissionsschutz die Überwachung der Industrieemissionen. Mit mehr Personal könnte natürlich auch mehr überwacht werden. Das Gewerbeaufsichtsamt führe keine eigenen Messungen durch, sondern überprüfe, ob seitens der Betriebe die Auflagen und die Grenzwerte eingehalten würden. Das Vorliegen von Gefährdungsbeurteilungen an das Vergabegesetz zu koppeln, sei aus seiner fachlichen Sicht nicht zielführend. Was aber sinnvoll wäre, wenn der nach der Baustellenverordnung vorzulegende Sicherheits- und Gesundheitsplan schon mit den Planungsunterlagen eingereicht werden würde. Und es wäre hilfreich, wenn der Bauherr verpflichtet würde, sich von allen auf der Baustelle tätigen Unternehmen Gefährdungsbeurteilungen vorlegen zu lassen, bevor die Arbeiten beginnen. Die Baustelle der Landesbank sei natürlich besonders im Blick der Gewerbeaufsicht gewesen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten vor Ort den Eindruck gewonnen, dass dort ordentlich gearbeitet worden sei. Aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gewerbeaufsichtsamtes könnten nicht rund um die Uhr vor Ort sein.

Auf die Nachfrage von **Herr Hamann** antwortet **Herr Dr. Vogt**, dass die Energieausweise für die öffentlichen Gebäude von Immobilien Bremen verwaltet würden.

Beschluss

*Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung und Energie nimmt den Jahresbericht 2013 der  
Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.*

TOP 5c)	<b>Förderprojekte „Lebensader Weser“ nach dem EFRE- Programm Bremen 2007 – 2013, Stand der Umsetzung und Planung</b> -3-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

**Frau Preiß** berichtet anhand einer Präsentation über die Projekte des Programms Lebensader Weser.

Auf die Frage von **Frau Dr. Schaefer** erklärt **Herr Musiol**, dass das Volumen dieses Programms nach Auslaufen der EFRE Förderung nicht gehalten werden könne. Es werde demnächst ein Maßnahmenprogramm zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) vorgelegt werden. In diesem Programm werde es auch eine Reihe von weiteren Maßnahmen geben, die ähnlich wie im Programm Lebensader Weser zur Attraktivitätssteigerung beitragen, aber auch die Ökologie deutlich nach vorne bringen sollen. Dieses werde durch Eigenmittel finanziert werden müssen. Er regt an, dass die Deputation beispielsweise nach Abschluss der Maßnahme Naturerleben Luneplate sich das Ergebnis vor Ort ansehen könne.

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 5d)	Umsetzung des Wohnraumförderprogramms 2012/2013 -73-	BdV schriftlich	L/S
---------	---	--------------------	-----

**Herr Pohlmann** führt aus, dass das Wohnraumförderungsprogramm im Bereich des geförderten sozialen Wohnungsbaus ein ganz wichtiger Punkt sei. Es sei richtig, dass ein neues Wohnraumförderungsprogramm vorbereitet werde. Er erinnert an die Debatte in der Bremischen Bürgerschaft zum Antrag „Fördermaßnahmen zum Bau von Studierendenwohnraum“. Auf S. 2 des Berichtes der Verwaltung gebe es dazu eine Einschränkung auf 1- Zimmer- Appartements. Er regt an, diese Einschränkung zu streichen und Bezug zu nehmen auf den einstimmigen Beschluss des Landtages zum o. g. Antrag.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt fest, dass Einigkeit darüber bestehe, dass im Bereich des studentischen Wohnens mehr geschehen solle. Es sei fraglich, ob es Aufgabe des Bausenators sein solle, in seinem Wohnraumförderungsprogramm den Bau von Studentenwohnheimen zu fördern. In den meisten Bundesländern sei das Aufgabe der Bildungsressorts. Er unterstützt den Vorschlag, anstelle der Konkretisierung auf 1- Zimmer- Appartements nur den Begriff studentisches Wohnen zu verwenden und nimmt den Verweis auf den Bürgerschaftsbeschluss auf.

**Herr Hamann** gibt zu bedenken, dass im Etat des Ressorts für Bildung und Wissenschaft keine ausreichenden Mittel für die Förderung des studentischen Wohnens zu finden sein dürften. Von daher müsse es eine ressortübergreifende Lösung geben.

Auf die Fragen von **Frau Dr. Schierenbeck** und **Herrn Werner** antwortet **Frau Gerken**, dass die Investoren immer mehr Interesse am Bauen mit hohen energetischen Standards entwickelten, da die hohen Energiestandards als ein Vermarktungsinstrument erkannt worden seien. Mit dem neuen Programm werde man prüfen, ob für Passivhäuser eine etwas höhere Miete genommen werden könne. Mit dem Pauschalbetrag von 60.000 € Darlehen pro Wohnung sei erreicht worden, dass viele kleinere Wohnungen gebaut werden. Für größere, familiengerechte Wohnungen sei das nicht ausreichend. Deswegen plane man, die Fördersätze für größere Wohnungen zu erhöhen. Für die 25 % Quote komme es darauf an, ob es sich um ein städtisches Grundstück handele oder ob neues Baurecht geschaffen werde. Bei kleineren Projekten seien 25 % in absoluten Zahlen sehr wenig und es sei in der Abwicklung kompliziert für die Wohnungsunternehmen, für die Eigentümer und auch für das Ressort.

**Herr Senator Dr. Lohse** ergänzt, dass erschwerend hinzukomme, dass viele der kleineren Entwickler später keine Bestandhalter seien und nicht wüssten, wie sie später gewährleisten sollen, dass dauerhaft sozial gefördert vermietet werde.

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

TOP 6	Verschiedenes	
TOP 6a	Bremer Bestattungsrecht novellieren und individuelle Bestattungsformen ermöglichen	

**Herr Senator Dr. Lohse** erinnert an den Beschluss der Deputation vom Juli „Bremer Bestattungsrecht novellieren und individuelle Bestattungsformen ermöglichen“. Damals wurde das Ressort beauftragt, das Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. Das Gesetzgebungsverfahren sei inzwischen in den Vorabstimmungen. Es habe ein paar Änderungen gegeben, an den

Grundzügen dessen, was der Deputation im Juli vorgelegt worden sei, habe sich nichts mehr geändert. In der kommenden Woche solle der Senat und anschließend die Bürgerschaft damit begrüßt werden.

<b>TOP 6a</b>	<b>Regionalisierungsmittel</b>	
---------------	--------------------------------	--

**Herr Jägers** bittet um einen Bericht zu den Regionalisierungsmitteln. Dazu habe er im Ressort schriftliche Fragen eingereicht.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass das Thema in der letzten Verkehrsministerkonferenz (VMK) in Kiel sehr intensiv diskutiert worden sei. Die Regionalisierungsmittel stelle der Bund den Ländern dafür zur Verfügung, dass er ihnen die Verantwortlichkeit für den regionalen Schienenpersonenverkehr übertragen habe. Das Problem bestehe darin, dass die DB AG jedes Jahr die Trassen- und Stationspreise erhöhe, die Regionalisierungsmittel aber nicht in gleicher Höhe steigen würden. Die Länder haben in Anbetracht der Kosten in den vergangenen Jahren die Forderung erhoben, dass die Regionalisierungsmittel von insgesamt 7,3 Milliarden € pro Jahr auf 8,5 Milliarden steigen müssen und jährlich in gleichen Schritten wie die Erhöhungen der Bahn bei ihren Trassen- und Stationspreisen angepasst werden. Außerdem solle der Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Länder geändert werden. Vorausgesetzt, der Bund komme den Forderungen der Länder nach, würde dies bedeuten, dass Bremen im Jahr 2015 ca. 8 Millionen € mehr erhalten würde.

**Herr Jägers** bittet darum, seine Fragen zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten.

<b>TOP 6b</b>	<b>Verstärkeranbindung Stubben- Bremen Mahndorf</b>	
---------------	---	--

**Herr Jägers** berichtet, dass er vom Fahrgastbeirat hinsichtlich einer Verstärkeranbindung im SPNV Stubben – Bremen Mahndorf angesprochen wurde. Damit könnten mehr Fahrgäste erschlossen werden und es wäre eine gute Verbindung zum Großarbeitgeber Mercedes.

**Herr Polzin** erläutert, dass mit dem VEP eine Taktverdichtung auf einen Halbstundentakt bis Bremerhaven beschlossen wurde. Aber die Linienkonstellation könne nicht geändert werden. Es werde weiterhin die Linie RS 2, die von Twistringen komme, Richtung Bremerhaven fahren. Der Bahnhof Mahndorf werde nur vom Regionalexpress angefahren und dies gehe nicht halbstündlich. Im VEP sei geprüft worden, ob Änderungen sinnvoll seien und Ende 2014/ Anfang 2015 solle der SPNV Nahverkehrsplan in der Deputation vorgestellt werden.

<b>TOP 6c</b>	<b>Bremer essen regional</b>	
---------------	------------------------------	--

**Herr Imhoff** fragt nach einer Rückmeldung aus dem Wirtschaftsressort zum Antrag „Bremer essen regional“.

**Herr Staatsrat Golasowski** verweist auf die Presseberichterstattung zum Projekt BioStadt Bremen. Damit werde auch das Thema Regionalität abgearbeitet und damit der noch offene Bürgerschaftsantrag, den diese Deputation an das Wirtschaftsressort verwiesen habe.

Folgende Berichtswünsche wurden eingebracht:

<b>Taxikonzessionen</b>	Berichtswunsch von Herrn Hamann	<b>21.11.2014</b>
<b>Regionalisierungsmittel</b>	Berichtswunsch von Herrn Jägers	<b>21.11.2014</b>
<b>Straßenbahnquerverbindung Ost</b>	Berichtswunsch von Herrn Hipp	<b>21.11.2014</b>



**Herr Dr. Sünnemann** teilt mit, dass die ursprünglich am 14.10.2014 angekündigte Sondersitzung der Deputation entfällt.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 36. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll